

Interkultur Ruhr mit neuer Leitung: Can Gülcü.

(Von E. Noldus.)

Seit dem 1. 4. 2023 ist Can Gülcü, ein „Österreicher aus Wien“, neuer Leiter von Interkultur Ruhr im RVR. Gülcü personifiziert geradezu den Kulturbegriff in seiner politisch deformierten Form.

Dummes Geschwätz ist unverzichtbarer Bestandteil der linksgrünen Ideologie, welche die Gesellschaft in möglichst viele Minderheiten, die angeblich diskriminiert werden, zerlegt. Der linksgrüne Kulturbetrieb ist mit Existenzen durchsetzt, die ihre Daseinsberechtigung nur dadurch besitzen, daß sie konstruierte Minderheiten auf die konstruierte „weiße Mehrheitsgesellschaft“ hetzen. Damit man von dieser Hetze gut leben kann, braucht man von Steuerzahlern – mit und ohne Migrationshintergrund – finanzierte Antirassismusstellen, Integrationsräte, Demokratie-Programme usw., die jenen verkrachten Existenzen den Weg zum Jobcenter ersparen.

Auch Can Gülcü will uns belehren: „Die Veränderung der Arbeitswelten, die ökonomischen und ökologischen Krisen, die postmigrantische Neuerfindung des Zusammenlebens, hier sieht man all das und vieles mehr wie durch ein Brennglas.“

Das Selbstverständnis der in Interkultur Ruhr organisierten Prediger einer „postmigrantischen und postkolonialen Kulturlandschaft“ findet man in der Kampfschrift [Worauf wir uns beziehen können](#) aus dem Jahre 2021. In dieser Perspektive besteht die Geschichte der Industrialisierung und damit des Ruhrgebietes seit dem 19. Jahrhundert aus einem Kampf von „Menschen mit Migrationsgeschichte“ gegen „Diskriminierung und rassistische Gewalt“.

Verschwiegen wird dabei, daß bis zum Ersten Weltkrieg die Bevölkerungszunahme im Ruhrgebiet zum allergrößten Teil das Resultat einer Binnenwanderung innerhalb des Deutschen Reiches und eines großen Bevölkerungswachstums war. Sowohl Landflucht als auch Bevölkerungswachstum waren überall in Europa zu beobachtende Phänomene. Erst ab den mittleren 1930er Jahren gab es eine erste, heute politisch korrekt ausgeblendete größere Welle außerdeutscher Zuwanderung; hauptsächlich aus Italien und Jugoslawien. Angeworben als landwirtschaftliche Arbeitskräfte, fanden viele Arbeit in der expandierenden Schwerindustrie.

Diejenigen Migrantenvetreter, welche die Integrationsräte prägen, bilden sich ein, die Nachfahren all jener Menschen des Ruhrgebietes erziehen und ihnen neue – vornehmlich muslimische – Regeln des Zusammenlebens aufzwingen zu müssen. Und weil sie nichts Positives zu bieten haben, blähen sie ihre kleinen Existenzen mit Rassismus-Vorwürfen auf und leben auf Kosten der von ihnen verachteten „weißen Mehrheitsgesellschaft“.

Can Gülcü ist der Prototyp des modernen politisierten Migranten. Dieser „Kulturarbeiter“ zeichnet sich laut [Portrait der Universität Salzburg](#) dadurch aus, daß er „als Kulturschaffender, Lehrbeauftragter und Aktivist an den Schnittstellen verschiedener Kunstformen und politisch-partizipativer Kulturarbeit mit Fokus auf politischen und sozialen Machtverhältnissen“ tätig ist. Herausgestellte Schlüsselqualifikation: sein Geburtsort in der Türkei.

In einem [Interview für DASBIBER](#) aus dem Jahre 2020, anlässlich seiner Kandidatur für die Linkspartei bei den Wiener Gemeinderatswahlen, erfährt man über Gülcü, daß der 44jährige seit 30 Jahren in Österreich lebt. Anstatt in den späten 1990er Jahren setzt seine offizielle Erwerbsbiographie

allerdings erst im Jahre 2012 ein. Dazu paßt, daß in einem immerhin 13seitigen [Interview aus dem Jahre 2018](#) Gülcü nirgendwo drauf eingeht, wie seine Erfahrungen in der Arbeitswelt seinen Kulturbegriff oder sein Selbstverständnis geprägt haben.

In seinem Beitrag [Die Heimat großer Söhne und der vielen Einzelfälle](#) für den Wiener STANDARD hat Gülcü 2017 seine ganze vorurteilsbeladene Abneigung gegen die Österreicher zum Ausdruck gebracht und deren vermeintlich typische Attitüden primitiv karikierend beschrieben. Ein Kommentar hat den Sachverhalt treffend auf den Punkt gebracht:

„Glücklicherweise hat Österreich sein Sozialsystem, in das ein Fußfassen erstrebenswert scheint, sonst blieben uns unsere Besonderheiten verborgen, weil nicht von untadeliger Seite beschrieben.“

Gülcü hat stets sorgfältig den Anschein zu vermeiden gesucht, jemals einer steuerpflichtigen Beschäftigung nachgegangen zu sein. Für ihn ist die Arbeitswelt lediglich Gegenstand abstrakter metaphysischer Spekulationen, jenseits aller empirischen Erfahrungen. Die von ihm formulierte „postmigrantische Neuerfindung des Zusammenlebens“ stellt, folgt man der linksgrünen Ideologie mit ihren eigenen Denkvoraussetzungen, einen Widerspruch in sich dar: Wenn Migration ein natürlicher, in der gesamten Menschheitsgeschichte nachweisbarer Prozeß ist, dann ist Postmigration als „Zustand nach der Migration“ schlechterdings unmöglich.

„Postmigrantisch“ ist höchstens der erfolgreiche Griff nach den Fleischtöpfen durch den, der zuletzt gekommen ist. Gülcü ist der ideale Typus des steuerfinanzierten Migranten, der heute politisch von dem linksgrünen Establishment nach oben gespült und geadelt wird. Nun wird also Interkultur Ruhr von diesem – im wahrsten Sinne des Wortes – Vorzeigemigranten geleitet.

Gülcüs ganzes Denken kreist um die materielle Grundlage seiner Existenz in Form staatlicher Förderungen. Das strukturelle Problem stellt sich aus seiner damaligen Sicht wie folgt dar:

„Die Strukturen sind so, daß entweder punktuell eine bestimmte Arbeit gefördert wird oder Gefäße für Projekte wie die WIENWOCHE oder andere Festivals geschaffen werden. Gleichzeitig geht ein Großteil der öffentlichen Kulturförderungen in große Institutionen... Es ist generell relativ schwierig, Nischen zu finden, Handlungsräume zu finden und selbst welche zu schaffen.“

Die politische Dimension des Fördersystems hat er ebenfalls sehr genau beschrieben:

„Förderrichtlinien anzupassen und voraussetzungsvoller zu machen und Kulturentwicklungspläne zu erarbeiten, um politisch vorzudefinieren, wohin Förderungen fließen, ist wichtig. Auch zu hinterfragen, was mit den paar Millionen an Förderungen – z. B. bei den Kulturtankern – gemacht wird. Warum passiert das eine, warum das andere nicht oder warum auf diese Weise?“

Durch den Nachsatz, daß die Unterscheidung zwischen etablierter und freier Szene schwierig und nicht immer leicht zu treffen sei, wird die Stoßrichtung seiner Frage klarer: Warum erhalten die von ihm so genannten Kulturtanker Millionen und für ihn fällt nichts ab?

Eine Anfrage der AfD-Fraktion im RVR hat interessante Einblicke in die Einstellungspraxis des RVR ergeben (siehe den Anhang). Laut RVR wurde das Prinzip der Bestenauslese angewandt und Gülcü war nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der beste Bewerber.

Anlage:

RVR-Drucksache Nr. 14/1046-1 vom 25. 5. 2023: Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion Im RVR zum neuen Leiter von Interkultur Ruhr.

1. Warum hat Herr Gülcü bei seiner Vorstellung nicht erwähnt, daß er führendes Mitglied von Links Wien, einer sozialistisch-kommunistischen Partei ist oder war?

Die Verwaltung folgt bei Stellenbesetzungen dem für den öffentlichen Dienst im Grundgesetz (Artikel 33 Abs. 2) verankerten Prinzip der Bestenauslese. Dieses besagt, daß ausschließlich auf Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Bewerber*innen abzustellen ist.

Die politischen Ansichten sowie frühere oder aktuelle ehrenamtliche Tätigkeiten bei Parteien oder Vereinigungen sind nicht Gegenstand der Stellenbesetzungsverfahren oder Beschäftigung beim RVR.

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Selbstverständlich müssen sich Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Dienst im Sinne des Grundgesetzes bekennen und sich am Arbeitsplatz politisch neutral verhalten.

2. Ist Herr Gülcü aktuell noch Mitglied bei Links Wien?

Siehe oben. Die Verwaltung erfaßt keine Informationen zur Mitgliedschaft ihrer Mitarbeiter*innen bei Parteien oder sonstigen Vereinigungen.

3. Österreichische Presseberichte thematisieren sehr beunruhigende Vorwürfe im Leitungsgremium von Links Wien, dem sogenannten Koordinationsteam, dem Can Gülcü als einer von zwei Männern angehört haben soll. Was hat der RVR unternommen, um sicherzustellen, daß Can Gülcü und damit der RVR von diesen Vorwürfen nicht betroffen ist?

Der Verwaltung sind die im Internet zu findenden Vorwürfe bekannt. Vor Einstellung wurde diesen nachgegangen. U. a. wurden Gespräche mit früheren Arbeitgeber*innen sowie mit einer Person aus dem Leitungsgremium von Links Wien geführt.

Diese Gespräche haben nicht dazu geführt, zu einer anderen Bewertung der Person im Stellenbesetzungsverfahren zu gelangen.

Anmerkung des Verfassers: Einerseits müssen sich die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst im Sinne des Grundgesetzes bekennen und sich am Arbeitsplatz politisch neutral verhalten. Andererseits erfaßt die Verwaltung keine Informationen zur Mitgliedschaft ihrer Mitarbeiter bei Parteien oder sonstigen Vereinigungen.

Diese beiden Feststellungen schließen sich gegenseitig aus und entlarven die Antworten als vorgestanzte Leerformeln.